

„Es fehlen ökologische und soziale Aspekte“

Hans-Jürgen Urban, Vorstandsmitglied der IG Metall, über die Pläne von Union und SPD, den Abbau von Jobs in der Industrie und den Aktionstag der Gewerkschaft / Ein Interview von Claus-Jürgen Göpfert

Unter dem Motto: „Mein Arbeitsplatz. Unser Industrieland. Unsere Zukunft!“ ruft die Gewerkschaft IG Metall für Samstag, 15. März, zu fünf Großkundgebungen auf. In Hannover, Stuttgart, Köln, Frankfurt und Leipzig soll es um die Sicherung der bedrohten industriellen Arbeitsplätze gehen. Hauptredner in Frankfurt wird IG Metall-Vorstand Hans-Jürgen Urban sein.

Herr Urban, CDU/CSU und SPD wollen eine Bundesregierung bilden, die eine Billion Euro neuer Schulden aufnimmt. Die Hälfte davon ist für die Ausstattung der Bundeswehr vorgesehen, die „kriegstüchtig“ werden soll. Weitere 500 Milliarden Euro sollen in die staatliche Infrastruktur fließen, also in das öffentliche Schienennetz oder das Gesundheitswesen. Wie beurteilt die IG Metall diese Pläne?

Bisher sind es nur Vorhaben, keine Fakten. Wenn tatsächlich 500 Milliarden Euro in die industrielle und soziale Infrastruktur investiert werden, dann ist das gut. Ähnliches haben die Gewerkschaften gefordert. Anders sieht das beim Thema Rüstung aus. Ein Rüstungsetat ohne Ziel und Deckel ist kein sinnvoller Weg in die Zukunft. Wir brauchen vor allem ein europäisches Sicherheitssystem, das zivile Konfliktlösungen ins Zentrum stellt. Nur im Rahmen eines solchen Konzepts kann geklärt werden, mit wem, wie und nach welchen Regeln die Bundeswehr künftig agieren soll. Und welche Ausstattung dazu nötig ist. Erstmal aufrüs-

ten und dann weitersehen, das ist doch kein zukunftstaugliches Konzept.

Für die IG Metall ist das ein schwieriges Thema. Zynisch gesprochen, sichert und schafft der massive Ausbau der Rüstungsindustrie derzeit gerade Zehntausende von Jobs.

Aufrüstung, um Arbeitsplätze zu sichern, ist nicht die Strategie der IG Metall. Es ist ein Trugschluss, dass die Ausrüstung der Bundeswehr automatisch Arbeitsplätze in Deutschland sichert. Tatsächlich werden die Waffen für die Bundeswehr weltweit beschafft, nicht zuletzt in den USA. Wir müssen aber auch die alte Diskussion um die Konversion von Rüstungsproduktion neu beleben.

Tatsächlich findet aber doch die Konversion gerade in die andere Richtung statt, das heißt, eine zivile Produktion wird in eine militärische umgewandelt. Das aktuelle Beispiel ist die Firma Alstom, die bisher Straßenbahnen hergestellt hat und jetzt in die Rüstungsproduktion einsteigt.

Das kommt vor, aber Alstom ist ein spezieller und komplizierter Fall. Er zeigt auch, wie sehr es an Investitionen in industrielle Infrastruktur und zivile und sozial-ökologische Produktion mangelt.

Wie beurteilt die IG Metall insgesamt die Ergebnisse der Sondierungen zwischen CDU/CSU und SPD?

Das ist ein Kessel Buntes. Ein klares industriepolitisches Zielbild und eine entsprechende Industriepolitik

vermag ich nicht zu erkennen. Es gibt einige Projekte aus der alten Ampel-Regierung, die wir durchaus begrüßen. Dazu gehört die Erhöhung des Mindestlohnes auf 15 Euro. Oder das Tariftreuegesetz, das vorsieht, dass staatliche Aufträge nur noch an Unternehmen vergeben werden, die nach Tarif bezahlen. Zu nennen wäre auch die geplante Stabilisierung des Rentenniveaus. Es gibt aber auch zentrale Defizite im Sondierungspapier. Es fehlen ökologische und soziale Aspekte. Von einem Ausbau des Sozialstaates ist keine Rede. Schließlich scheint das Papier zu vergessen, dass man sich Geld auch dort holen kann, wo es im Überfluss vorhanden ist, aus großen Vermögen und Erbschaften. Die Veränderungen im Gesundheitswesen und in der Pflege werden nur angedeutet in einem Satz, der eine „große Pflegereform“ ankündigt. Das hätte ich gerne etwas genauer gewusst.

Was halten Sie für falsch?

Es ist falsch, in der Sozialpolitik das Bürgergeld wieder abzuschaffen. Die öffentliche Diskussion wird viel zu sehr auf die kleine Anzahl sogenannter Totalverweigerer fokussiert, die jede Aufnahme von Arbeit ablehnen. Das sind unter einem Prozent der Bezieher von Bürgergeld. Die eigentlich relevante Frage ist, wie wir Menschen wieder in den Arbeitsprozess eingliedern können. Die gleiche falsche Fokussierung geschieht beim Thema der sogenannten illegalen Migration. Quantitativ ist das ein randständiges The-

ma. Viel wichtiger wäre es, reguläre Wege der Zuwanderung auszubauen und den Zugewanderten kürzere Wege der Integration in den Arbeitsmarkt zu eröffnen.

Glauben Sie, dass jetzt eine Bundesregierung entsteht, die dauerhaft ein verlässlicher Partner für die IG Metall sein kann oder erwarten Sie wieder innere Konflikte ähnlich wie bei der Ampel-Koalition?

Falsch wäre ein Stückwerk ohne Strategie und Zielbild. Die IG Metall fordert in jedem Fall von der neuen Bundesregierung und von den Arbeitgebern klare Zukunftskonzepte für die Industrie wie auch für mittlere Betriebe und das Handwerk. Wir brauchen nachhaltige Arbeitsplätze in einer nachhaltigen Wertschöpfung: Nachhaltig im ökologischen und im sozialen Sinne. Wenn es nicht gelingt, den Beschäftigten eine soziale Perspektive zu eröffnen, werden wir sie verlieren. Die IG Metall hat eine Landkarte erarbeitet mit den Brennpunkten, an denen die Situation in den Unternehmen besonders zugespitzt ist. Es zeigt sich: Die strategische Phantasielosigkeit vieler Vorstände hat viele Unternehmen in eine Liquiditätskrise geführt.

In der Automobilindustrie und ihren Zulieferbetrieben gehen gerade Hunderttausende von Arbeits-

plätzen verloren, aber auch in der Stahlindustrie und in metallverarbeitenden Betrieben.

Genau das skandalisieren wir. Mit unserem bundesweiten Aktionstag am 15. März rufen wir zur Gegenwehr auf. In einer Zeit des rasanten Wandels führt der Rückfall in alte Kostensenkungskonzepte ins Desaster. Die Unternehmen müssen neue, konkurrenzfähige Produkte entwickeln. Und die neue Bundesregierung muss den ökologischen Umbau strategisch flankieren. Zum Schutz der Beschäftigten und der Natur.

In Deutschland, aber auch innerhalb der EU wird die Forderung laut, die Transformation hin zum Elektroauto ganz zu stoppen oder zumindest zu verlangsamen. Was sagt die IG Metall?

Die Zukunft fährt elektrisch. Das ist eindeutig.

Aber die Elektro-Autos deutscher Produktion sind viel zu teuer, um konkurrenzfähig zu sein.

Die deutsche Automobilindustrie war nicht früh genug mit erschwinglichen E-Autos auf dem Markt. Das war ein großer strategischer Fehler. Der muss schnell korrigiert werden. Aber es muss sich viel mehr ändern. Die Energiebasis der Industrie muss umgestellt werden auf erneuerbare Energie. Wir müssen unsere Rohstoffe schonen und Recycling muss

eine neue Bedeutung bekommen. Und im Rahmen einer solchen Kreislaufwirtschaft brauchen wir endlich eine europäische Batterie-Industrie.

Aber gehört nicht auch zur Wahrheit, dass durch den ökologischen Umbau der Industrie Hunderttausende von Arbeitsplätzen verloren gehen werden?

Das genau wollen wir ja ändern! Ja, es droht ein massiver Abbau von Beschäftigten in der Industrie. Aber das muss nicht so sein. Als Gewerkschaft können wir unseren Kolleginnen und Kollegen nicht das Versprechen geben, dass ihre Arbeitsplätze so bleiben werden wie bisher. Aber wir versprechen ihnen unseren täglichen Kampf dafür, dass alle eine Beschäftigungsperspektive in der Industrie haben werden.

Hans-Jürgen Urban ist seit November 2007 geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall. Der promovierte und habilitierte Sozialwissenschaftler ist verantwortlich für die Themen Sozialpolitik sowie Arbeitsgestaltung und Qualifizierungspolitik. **Der 63-Jährige** trat 1984 in die IG Metall ein. Zur Bundestagswahl 2025 rief der Sohn eines Straßenpflasterers zur Wahl der Linkspartei auf.
FR/BILD: IG METALL